

Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) (Wasserversorgung)

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung <small>(Name Behörde, Sitz, Kontaktdaten, vertretungsberechtigte Person / Leitung)</small>	Zuständiges Sachgebiet <small>(Ansprechpartner/in, Kontaktdaten)</small>
Gemeinde Wiesenfelden Georgsplatz 1 94344 Wiesenfelden Telefon: +49 9966 9400-0 E-Mail: gemeinde@wiesenfelden.de Andreas Urban	Brigitte Landstorfer Telefon: +49 9966 9400-24 E-Mail: b.landstorfer@wiesenfelden.de
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	
actago GmbH Straubinger Straße 7, 94405 Landau	Telefon: +49 9951 99990-20 E-Mail: datenschutz@actago.de
Stand: 29.07.2021	

Ihre Daten werden zu folgendem Zwecke erhoben:

- zum Vollzug der Wasserabgabesatzung (WAS), der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung (BGS/WAS) sowie anderer gültiger Kostensatzungen der Kommune
- zur Bearbeitung von Anträgen auf Bauwasseranschlüssen und Anträgen zum Anschluss an die Trinkwasserversorgung
- für die Veranlagung der Wasser-/Abwassergebühren
- der Festsetzung von Kostenerstattungsansprüchen
- der Erhebung von Beiträgen nach dem Kommunalabgabegesetz (KAG) sowie der Erhebung anderer Kosten nach der jeweils gültigen BGS/WAS oder einer anderen gültigen Kostensatzung

Die Rechtsgrundlage, auf der Ihre Daten erhoben werden, ist:

- Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit Art. 5 Abs. 1, Art. 8 Abs. 1 und Art. 9 Abs. 1 KAG
- der jeweils gültigen Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung
- der jeweils gültigen Wasserabgabesatzung der Kommune

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

Keine Weitergabe. Daten sind für Mitarbeiter zugreifbar, die in das Datengeheimnis unterwiesen wurden.

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation:

Es findet keine Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen statt.

Speicherdauer der Daten, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer:

Ihre Daten werden nach Erhebung längstens 10 Jahre gespeichert.

Information zu Betroffenenrechten:

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz:
Prof. Dr. Thomas Petri, Postfach 22 12 19, 80502 München
Telefon: +49 89 212672-0 oder E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Wenn Sie in die Datenerhebung durch den oben genannten Verantwortlichen durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus oben genannten Rechtsgrundlagen. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben:

- Werden die erforderlichen Werte geschätzt und der Berechnung solange zugrunde gelegt, bis die tatsächlichen Werte vom Verpflichteten gemeldet und von der Kommune anerkannt worden sind
- kann nach Art. 14, Art. 15 und Art. 16 KAG ein Bußgeld gegen Sie verhängt werden
- kann nach Art. 14 KAG eine Freiheitsstrafe gegen Sie verhängt werden
- kann nach der Wasserabgabensatzung ein Bußgeld gegen Sie verhängt werden
- kann Ihr Antrag auf Bereitstellung eines Bauwasser-Anschluss oder Anschluss an die Trinkwasserversorgung nicht bearbeitet und der gewünschte Anschluss nicht ausgeführt werden.